

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
Materialienverzeichnis.....	XLVII
Beschwerderecht als Ausdruck gesellschaftlicher Wertentscheidungen.....	1
Teil 1: Erfordernis der besonderen Betroffenheit in der geltenden Rechtsordnung	19
Kapitel 1: Voraussetzung für den Zugang zur Verwaltungsrechtspflege	21
Kapitel 2: Bedeutung im Umweltrecht	52
Teil 2: Historische Untersuchung.....	83
Kapitel 1: Genese des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit.....	85
Kapitel 2: Historische Einordnung der Funktionen	137
Teil 3: Rechtsvergleich mit Kanada	151
Kapitel 1: Erkenntnisziel.....	153
Kapitel 2: Einführung in das kanadische Rechtssystem	154
Kapitel 3: Beschwerderecht (<i>standing</i>) im kanadischen Recht	159
Kapitel 4: Bedeutung des public interest standing im Umweltrecht.....	180
Kapitel 5: Analyse der Funktionen	191
Teil 4: Vorgaben des Völkerrechts	217
Kapitel 1: Aarhus Konvention	219
Kapitel 2: EMRK	245
Teil 5: Rechtspolitische Optionen.....	277
Kapitel 1: Einhaltung des völkerrechtlich vorgegebenen Minimalrahmens.....	279
Kapitel 2: Reform der Beschwerdebefugnis im Umweltrecht nach funktionalen Kriterien	284
Kapitel 3: Weiterer Forschungsbedarf und Ausblick	321

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Abkürzungsverzeichnis.....	XXI
Literaturverzeichnis	XXVII
Materialienverzeichnis.....	XLVII
Beschwerderecht als Ausdruck gesellschaftlicher Wertentscheidungen.....	1
I. Forschungsgegenstand.....	3
II. Ziel der Arbeit.....	6
III. Forschungsfragen.....	7
IV. Methodik.....	7
1. Funktionalismus	7
1.1 Funktionen als konstruktivistische Erklärungsebene für die Existenz einer Rechtsregel	7
1.2 Funktionalismus als Methode der Rechtsvergleichung.....	9
a Analyse von funktionalen Äquivalenten	9
b Gewähltes Vergleichsland: Kanada	11
2. Historisch-institutioneller Ansatz.....	12
3. Auslegungsmethoden in der völkerrechtlichen Untersuchung	14
V. Struktur der Untersuchung.....	16
Teil 1: Erfordernis der besonderen Betroffenheit in der geltenden Rechtsordnung	19
Kapitel 1: Voraussetzung für den Zugang zur Verwaltungsrechtspflege	21
I. Struktur des Kapitels	21
II. Element des allgemeinen Beschwerderechts.....	21
1. Systematische Einordnung	21
2. Voraussetzung für die Anfechtung von Verfügungen.....	24
2.1 Teil der materiellen Beschwer.....	24
2.2 Vorgehen im Einzelfall: Wertungsentscheid	26
3. Voraussetzung für die Anfechtung kantonaler Erlasse.....	28
III. Voraussetzung für den Anspruch auf eine Verfügung gegen Realakte	29

Inhaltsverzeichnis

IV. Ausnahmen vom Erfordernis der besonderen Betroffenheit	30
1. Stimmrechtsbeschwerde.....	30
2. Beschwerde an die UBI.....	31
3. Beschwerden gegen kantonale Steuergesetze	32
4. Kantonale Popularbeschwerden in Bausachen	32
5. Anspruch auf materielle Überprüfung gestützt auf die EMRK	33
V. Verhältnis zur Rechtsweggarantie in Art. 29a BV	35
VI. Funktionen	37
1. Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Gründen des Ausschlusses der Popularbeschwerde.....	37
2. Intendierte Funktionen	39
3. Zugeschriebene Funktionen	40
3.1 Sicherung der ausschliesslichen Zuständigkeit der Verwaltung für Entscheide, die öffentliche Interessen betreffen.....	40
3.2 Trennung der Sphären Rechtsschutz und Politik	42
3.3 Schutz vor einer nicht zu bewältigenden Beschwerdeflut.....	45
a Schutz vor einer Überlastung der Gerichte	45
b Verwaltungökonomie	46
3.4 Gewährleistung von Rechtssicherheit für den Verfügungadressaten.....	47
3.5 Abwehr schikanöser und querulatorischer Beschwerden	47
3.6 Abwehr von Beschwerdeführenden, die sich in fremde Anlegenheiten einmischen	48
VII. Zusammenfassung	49
 Kapitel 2: Bedeutung im Umweltrecht	52
I. Struktur des Kapitels	52
II. Umweltrecht als Gebiet des Besonderen Verwaltungsrechts.....	52
1. Entwicklung zum eigenen Rechtsgebiet	52
2. Prinzipien des Umweltrechts	55
2.1 Rechtsnatur	55
2.2 Nachhaltigkeitsprinzip	56
2.3 Vorsorgeprinzip	57
2.4 Prinzip der ganzheitlichen Betrachtungsweise und Koordinationsprinzip.....	58
2.5 Kooperationsprinzip.....	58
2.6 Verursacherprinzip	59

3.	Schutzzweck des modernen Umweltrechts: erweiterter Anthropozentrismus.....	60
4.	Öffentliche Güter als Regelungsgegenstand des Umweltrechts	63
III.	Rechtsprechung zur besonderen Betroffenheit im Umweltrecht	64
1.	Analytische Kategorien.....	64
2.	Ortsbezogene Immissionen von Anlagen.....	65
2.1	Grundsatz: Beurteilung nach der wahrnehmbaren Immissionsintensität auf dem Grundstück des Beschwerdeführers.....	65
2.2	Unmittelbar wahrnehmbare Immissionen.....	66
2.3	Von einer Anlage ausgehende Gefährdungen.....	67
2.4	Bei Vorbelastung des Gebiets.....	69
3.	Beeinträchtigungen öffentlicher Güter	70
3.1	Luft, Wasser, Klima.....	70
3.2	Biodiversität	72
IV.	Kritik.....	74
1.	Widersprüchlichkeit und Willküranfälligkeit der Rechtsprechung...	74
2.	Rechtsschutzlücken.....	76
2.1	Immissionen bei Vorbelastung des Gebiets.....	76
2.2	Beeinträchtigung öffentlicher Güter	76
3.	Vereinbarkeit mit den Prinzipien des Umweltrechts.....	78
3.1	Terminologie	78
3.2	Dissonanz zum Nachhaltigkeitsprinzip.....	78
3.3	Dissonanz zum Vorsorgeprinzip.....	79
3.4	Dissonanz mit dem Prinzip der ganzheitlichen Betrachtungsweise.....	80
V.	Fazit	80
Teil 2:	Historische Untersuchung	83
Kapitel 1:	Genese des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit	85
I.	Methodik und Struktur des Kapitels.....	85
II.	Historischer Kontext: Einführung der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtbarkeit im Bund	86
1.	Definition der Verfassungs- bzw. Verwaltungsgerichtsbarkeit	86
2.	Ausgestaltung der Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit bei ihrer Einführung im Bund	86

2.1	Verfassungsgerichtsbarkeit.....	86
2.2	Verwaltungsgerichtsbarkeit	87
III.	Erste Phase: Beschwerderecht nur bei Verletzung subjektiver Rechte.....	90
1.	Theorie des «subjektiven öffentlichen Rechts»	90
1.1	Inhalt und Herkunft der Theorie.....	90
1.2	Orientierung am Zivilrecht.....	92
1.3	Einordnung im Spannungsfeld zwischen Monarchie und Volkssouveränität	93
2.	Aufnahme der Theorie des subjektiven öffentlichen Rechts in die schweizerische Lehre	95
3.	Umgang des Bundesgerichts mit dem subjektiven Recht in seiner frühen Rechtsprechung: Fallstudie.....	98
3.1	Methodik	98
3.2	Inhaltliche Strömungen in der Rechtsprechung	98
a	Vor Einführung einer gesetzlichen Regelung des Beschwerderechts: keine Zweiteilung in «objektives» und «subjektives» Recht.....	98
b	Unter der Geltung von Art. 178 Ziff. 2 OG 1893: Zunächst Ablehnung der Theorie des subjektiven Rechts	100
c	1901: Übernahme der Theorie des subjektiven öffentlichen Rechts	101
d	Gegenbewegung: blösser Interessenschutz	102
e	Ab 1920: Rückbesinnung auf das subjektive Recht	103
f	Verwaltungsgerichtsbarkeit ab 1929: Geltendmachung eines subjektiven Rechts als Beschwerdevoraussetzung.....	104
3.3	Analyse.....	105
a	Heterogenität der Entscheide.....	105
b	Rezeption der deutschen Lehre	106
c	Fokus auf das Kriterium der Schutznorm für Individualinteressen.....	108
4.	Schutz von «rechtlich geschützten» Interessen	109
4.1	Verschiebung des Fokus: vom «subjektiven Recht» zum «rechtlich geschützten» Interesse	109
a	Einführung des Begriffes des «rechtlich geschützten» Interesses	109
b	Inhaltliche Weiterführung der Rechtsprechung zum subjektiven Recht	110

4.2	Erfordernis der besonderen Betroffenheit: erste Anwendungsfälle.....	111
a	Zur Abgrenzung zwischen der Betroffenheit von Individual- und Allgemeininteressen.....	111
b	Herstellung eines genügenden Bezugs zu Individualinteressen bei Beschwerden nach Art. 4 aBV.....	113
4.3	Diskussion um die Einführung der Popularbeschwerde ohne Auswirkungen.....	114
4.4	Beschwerderecht im Umweltrecht: erste Öffnungstendenzen.....	117
IV.	Zweite Phase: Beschwerderecht auch zum Schutz tatsächlicher Interessen.....	119
1.	Revision des OG 1965 und Einführung des VwVG	119
1.1	Ziele der Revision: Ausbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit ..	119
1.2	Beschwerderecht: klare Positionierung als vom materiellen Recht getrennte Prozessvoraussetzung	120
1.3	Verabschiedung der Schutznormtheorie	121
1.4	Erfordernis der besonderen Betroffenheit als ungeschriebene Voraussetzung des Beschwerderechts	123
a.	Korrektiv zur Ausweitung des Beschwerderechts.....	123
b.	Übernahme aus der alten Rechtsprechung	123
2.	Schritte hin zur Verwaltungsgerichtsbarkeit als Kontrolle der Einhaltung der ganzen Rechtsordnung	125
2.1	Nur langsame Verabschiedung der Schutznormtheorie in der Praxis.....	125
2.2	Kontrolle der Einhaltung der ganzen Rechtsordnung als neue, sekundäre Aufgabe der Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	127
3.	Totalrevision der Bundesrechtspflege 2001	128
3.1	Einheitliche Regelung des Beschwerderechts.....	128
3.2	Kodifizierung des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit.....	129
V.	Ergebnisse der historischen Untersuchung.....	131
1.	Ursprung des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit.....	131
2.	Pfadabhängigkeit des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit.....	132
2.1	Weichenstellende Entscheidung: Übernahme der Theorie des subjektiven öffentlichen Rechts	132
2.2	Ungewollte Konsequenz für den Grundrechtsschutz.....	133
3.	Erklärungsansätze für die Entstehung der Pfadabhängigkeit.....	134

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2: Historische Einordnung der Funktionen	137
I. Historische Pfadabhängigkeiten als Evaluationsmittel	137
II. Sicherung der ausschliesslichen Zuständigkeit der Verwaltung für Entscheide, die öffentliche Interessen betreffen	138
III. Trennung der Sphären Rechtsschutz und Politik.....	141
IV. Schutz vor einer nicht zu bewältigenden Beschwerdeflut.....	143
1. Schutz vor einer Überlastung der Gerichte	143
2. Verwaltungsökonomie.....	145
V. Schutz der Interessen von direkt Betroffenen.....	145
VI. Abwehr von Beschwerdeführenden, die sich in fremde Angelegenheiten einmischen.....	146
VII. Fazit	147
Teil 3: Rechtsvergleich mit Kanada	151
Kapitel 1: Erkenntnisziel.....	153
Kapitel 2: Einführung in das kanadische Rechtssystem	154
I. Grundmerkmale des kanadischen Rechtssystems	154
II. Charakterista der kanadischen Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	155
1. Gerichtsstruktur und -kompetenzen	155
2. Zwei Arten der Verwaltungsrechtspflege: <i>judicial review</i> und <i>statutory appeals</i>	156
Kapitel 3: Beschwerderecht (<i>standing</i>) im kanadischen Recht	159
I. Historische Ausgangslage: Individualinteressenschutz	159
1. Grundsatz: Attorney General als Hüter der öffentlichen Interessen	159
2. Erfordernis der besonderen Betroffenheit durch die <i>public-nuisance</i> -Regel	160
II. Öffnung des Beschwerderechts zur Durchsetzung von öffentlichen Interessen	163
1. <i>Public interest standing</i> : Ursprung in der Verfassungsgerichtsbarkeit	163
1.1 Trilogie der Supreme Court-Entscheide: Thorson, McNeil und Borowski	163
1.2 Gründe für die Öffnung des Beschwerderechts	165
2. Ausweitung des <i>public interest standing</i> auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	167

2.1	Finlay: Ausweitung, gestützt auf funktionale Überlegungen.	167	
2.2	Etablierung im ganzen judicial review.....	168	
3.	Kriterien des <i>public interest standing</i>	169	
3.1	Funktionale Auslegung der Kriterien	169	
3.2	Ernsthafte, justiziable Angelegenheit.....	172	
3.3	Tatsächliches oder aufrichtiges Interesse	175	
3.4	Vernünftiger und effektiver Weg, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen	176	
III.	Zusammenfassung	178	
 Kapitel 4: Bedeutung des public interest standing im Umweltrecht..... 180			
I.	Öffnung des Beschwerderechts für Umweltverbände und Einzelpersonen.....	180	
II.	Kriterien des <i>public interest standing</i> in der umweltrechtlichen Rechtsprechung	181	
1.	Ernsthafte, justiziable Angelegenheit.....	181	
2.	Tatsächliches oder aufrichtiges Interesse	184	
3.	Vernünftiger und effektiver Weg, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen.....	186	
III.	Grenzen der Anwendung	187	
IV.	Fazit	190	
 Kapitel 5: Analyse der Funktionen			191
I.	Methodik.....	191	
II.	Sicherung der ausschliesslichen Zuständigkeit der Verwaltung für Entscheide, die öffentliche Interessen betreffen	191	
1.	Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes	191	
2.	Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest standing</i>	193	
III.	Trennung der Sphären Rechtsschutz und Politik	194	
1.	Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes	194	
2.	Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest standing</i>	194	
IV.	Schutz vor einer nicht zu bewältigenden Beschwerdeflut	196	
1.	Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes	196	
2.	Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest standing</i>	197	
2.1	Finanzielle und immaterielle Kosten eines Gerichtsverfahrens	197	
2.2	Kriterien des <i>public interest standing</i>	201	
2.3	Weitere verfahrensrechtliche Massnahmen.....	202	
2.4	Fazit: Effektiver Schutz vor Überlastung	203	

Inhaltsverzeichnis

V. Schutz der Interessen von direkt Betroffenen.....	204
1. Gewährleistung von Rechtssicherheit für den Verfügungsadres- saten	204
1.1 Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes.....	204
1.2 Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest</i> <i>standing</i>	205
2. Abwehr schikanöser und querulatorischer Beschwerden	205
2.1 Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes.....	205
2.2 Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest</i> <i>standing</i>	205
VI. Abwehr von Beschwerdeführenden, die sich in fremde Angelegenheiten einmischen.....	206
1. Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes.....	206
2. Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest standing</i>	208
VII. Förderung der bestmöglichen Aufbereitung des Sachverhalts für das kontradiktoriale Verfahren	210
1. Unter dem Grundsatz des Individualinteressenschutzes.....	210
2. Funktionale Äquivalente unter dem <i>public interest standing</i>	212
VIII. Fazit.....	213
 Teil 4: Vorgaben des Völkerrechts	217
Kapitel 1: Aarhus Konvention	219
I. Struktur des Kapitels	219
II. Eigenschaften und Ziele der Aarhus Konvention	219
1. Drei Pfeiler mit Verfahrensrechten.....	219
2. Ziele der Aarhus Konvention	220
2.1 Umweltschutz zur Stärkung der Menschenrechte als gesamtgesellschaftliche Verantwortung.....	220
2.2 Stärkung des Vollzugs im Umweltrecht.....	222
2.3 Stärkung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung	223
2.4 Förderung der partizipativen Demokratie	223
III. Anforderungen der Aarhus Konvention an das innerstaatliche Beschwerderecht.....	224
1. Art. 9 Abs. 1 AK: Zugang zum Gericht gegen Ablehnung des Informationsanspruchs	224
2. Art. 9 Abs. 2 AK: Zugang zum Gericht gegen von der AK um- fasste behördliche Handlungen	225

2.1	Anwendungsbereich.....	225
2.2	Anforderungen an das Beschwerderecht.....	226
a	Teil der «betroffenen Öffentlichkeit»	226
b	Ausreichendes Rechtsschutzinteresse oder geltend gemachte Rechtsverletzung.....	226
c	Fiktion des Beschwerderechts für Umweltverbände	228
2.3	Vereinbarkeit mit dem Erfordernis der besonderen Betroffenheit.....	229
3.	Art. 9 Abs. 3 AK: Zugang zum Gericht bezüglich Handlungen, die gegen nationales Umweltrecht verstossen	231
3.1	Anwendungsbereich.....	231
3.2	Anforderungen an die Rechtsmittelinstanz.....	232
a	Anforderungen von Art. 9 Abs. 4 AK.....	232
b	Möglichkeit der Aufsichtsbeschwerde genügt nicht.....	234
3.3	Anforderungen an das Beschwerderecht.....	235
a	Grundsatz: Mitglieder der Öffentlichkeit	235
b	Verweis auf qualifizierende innerstaatliche Kriterien.....	235
c	Keine Vorrangstellung des Verbandsbeschwerderechts...	237
3.4	Vereinbarkeit mit dem Erfordernis der besonderen Betroffenheit.....	239
a	Immissionen bei Vorbelastung des Gebiets	239
b	Beeinträchtigung öffentlicher Güter	239
3.5	Fehlende direkte Anwendbarkeit von Art. 9 Abs. 3 AK.....	241
IV.	Fazit	242
Kapitel 2:	EMRK	245
I.	Struktur des Kapitels	245
II.	Schutz der Umwelt in der EMRK.....	245
1.	Akzessorietät zu einer Verletzung in einem Konventionsrecht	245
2.	Recht auf Leben (Art. 2 EMRK).....	247
2.1	Schutzbereich	247
2.2	Einschränkungsvoraussetzungen.....	248
3.	Schutz des Privat- und Familienlebens (Art. 8 EMRK).....	248
3.1	Schutzbereich	248
3.2	Einschränkungsvoraussetzungen.....	251

Inhaltsverzeichnis

III.	Beschwerderecht vor dem EGMR.....	253
1.	Erfordernis der Opfereigenschaft in Art. 34 EMRK.....	253
a	Voraussetzungen der Opfereigenschaft	253
b	Kritik an den Kriterien der Opfereigenschaft im Umweltsachen	255
2.	Kein Erfordernis der besonderen Betroffenheit	256
IV.	Anspruch auf ein innerstaatliches Rechtsmittel in Umweltsachen.....	258
1.	Zugang zum Gericht nach Art. 6 Ziff. 1 EMRK	258
1.1	Anwendungsvoraussetzungen.....	258
a	Ernsthafte Streitigkeit um zivilrechtlichen Anspruch.....	258
b	Unmittelbare Auswirkungen auf den zivilrechtlichen Anspruch.....	260
1.2	Einschränkungsvoraussetzungen	261
2.	Wirksame Beschwerde nach Art. 13 EMRK.....	262
2.1	Inhalt des Anspruchs und Anwendungsvoraussetzungen.....	262
2.2	Einschränkungsvoraussetzungen.....	263
2.3	Verhältnis zum Anspruch auf Zugang zum Gericht Art. 6 Ziff. 1 EMRK.....	263
3.	Prozedurale Dimension von Art. 2 und 8 EMRK	264
3.1	Zugang zum Gericht als Teil der Anforderungen an das innerstaatliche Verfahren.....	264
3.2	Keine Einschränkungen zulässig.....	265
3.3	Verhältnis zu Art. 6 Ziff. 1 EMRK und Art. 13 EMRK	266
a	Spezialität der prozeduralen Dimension von Art. 2 oder 8 EMRK.....	266
b	Verfahrensrechtliche Stärkung des Einzelnen	267
4.	Zwischenfazit.....	268
V.	Vereinbarkeit des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit mit der EMRK.....	269
1.	Ortsbezogene Immissionen von Anlagen.....	269
1.1	Grossflächige Immissionen	269
1.2	Bei Vorbelastung des Gebiets.....	270
2.	Beeinträchtigung öffentlicher Güter.....	271
2.1	Grundsatz: kollektiv getragene Schäden dürfen Individualrechtsschutz nicht schmälern	271
2.2	Luftverschmutzung	271
2.3	Klimaerwärmung.....	272

2.4	Grundwasserbelastung	272
2.5	Biodiversität	273
VI.	Fazit	273
Teil 5:	Rechtspolitische Optionen.....	277
Kapitel 1:	Einhaltung des völkerrechtlich vorgegebenen Minimalrahmens	279
I.	Vereinbarkeit mit der AK und EMRK: Anpassungsbedarf.....	279
II.	Handlungsmöglichkeiten der Gerichte	280
1.	Völkerrechtskonforme Auslegung der gesetzlichen Voraussetzungen des Beschwerderechts.....	280
2.	Anerkennung des Beschwerderechts direkt gestützt auf die EMRK	282
III.	Gesetzliche Ausnahme vom Erfordernis der besonderen Betroffenheit	282
Kapitel 2:	Reform der Beschwerdebefugnis im Umweltrecht nach funktionalen Kriterien	284
I.	Funktionale Überlegungen als methodisches Leitgerüst	284
II.	Ansetzen auf gesetzlicher Ebene	285
III.	Auseinandersetzung mit den Funktionen des Erfordernisses der besonderen Betroffenheit im Kontext des Umweltrechts	286
1.	Vorbemerkungen	286
1.1	Leitfragen einer funktionalen Auseinandersetzung.....	286
1.2	Relevanz der funktionalen Auseinandersetzung für eine Beurteilung der Vereinbarkeit mit Art. 29a BV.....	287
2.	Sicherung der ausschliesslichen Zuständigkeit der Verwaltung für Entscheide, die öffentliche Interessen betreffen	288
2.1	Tatsächliche Verwirklichung in der modernen Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	288
2.2	Analytische Ungenauigkeit der Grenzziehung zwischen der Betroffenheit von öffentlichen und privaten Interessen ...	289
a	Schwierigkeit der Grenzziehung im öffentlichen Recht..	289
b	Akzentuierung im modernen Umweltrecht	291
2.3	Fazit	293
3.	Trennung der Sphären Rechtsschutz und Politik	293
3.1	Funktionen der Gerichte im gewaltengliedrigen Staat.....	293
3.2	Justizierbarkeit als mögliches Kriterium.....	295
3.3	Justizierbarkeit in der Schweiz: Forschungsbedarf	297
3.4	Fazit.....	298

Inhaltsverzeichnis

4.	Schutz vor einer nicht zu bewältigenden Beschwerdeflut	299
4.1	Effektivität des vom Erfordernis der besonderen Betroffenheit gewährten Schutzes.....	299
4.2	Alternative Instrumente zur Verhinderung einer Beschwerdeflut.....	301
a	Finanzielle und immaterielle Kosten eines Gerichtsverfahrens.....	301
b	Kriterien zur Beurteilung, welche Angelegenheiten eine Beanspruchung der gerichtlichen Ressourcen rechtfertigen.....	303
c	Weitere verfahrensrechtliche Massnahmen.....	305
d	Erhöhung der personellen Ressourcen	306
4.3	Fazit.....	307
5.	Gewährleistung von Rechtssicherheit für den Verfügungsadressaten	309
5.1	Abwehr von schikanösen und querulatorischen Beschwerden	310
6.	Abwehr von Beschwerdeführern, die sich in fremde Angelegenheiten einmischen.....	312
6.1	Motive der Ablehnung	312
6.2	Auseinandersetzung im Kontext des Umweltrechts	312
a	Rolle des Einzelnen für die Durchsetzung von Umweltschutzzinteressen im Verhältnis zur Verwaltung ..	312
b	Schutz der Autonomie von direkt Betroffenen	313
c	Misstrauen gegenüber den Motiven von sich für öffentliche Interessen einsetzenden Beschwerdeführenden	315
d	Fazit	317
7.	Ergebnisse	318
IV.	Verhältnis zum existierenden Verbandsbeschwerderecht	320
	Kapitel 3: Weiterer Forschungsbedarf und Ausblick	321